

BERLINER STIMME

Zeitung der Berliner Sozialdemokratie | Nr. 3 · 2019 | 69. Jahrgang



THEMA

EUROPAWAHL

KATARINA BARLEY

Die Menschen müssen spüren,
dass Europa für sie da ist

GESINE SCHWAN

Es muss sich in Europa lohnen,
Geflüchtete aufzunehmen

KOLUMNE

Vom gleichgültigen EU-Skeptiker
zum neugierigen Europäer



GABY BISCHOFF ist die Kandidatin der Berliner SPD für die Europawahl am 26. Mai 2019

Text Gaby Bischoff
Foto Götz Schleser

Europa heißt Zusammenhalt

ICH WAR am 23. Juni 2016 in Brüssel. Es war der Tag des Brexits. Ein Tag, der für uns Europäer ein Schock war. Eine knappe Mehrheit der Briten wählte „leave“. Das Land war und ist gespalten. Bis heute ringen wir um die beste Lösung und bis heute ist der Tag eine Zäsur in unserer Geschichte. Der Brexit warnt: Wir müssen besser aufpassen auf unser Europa!

Europa ist unsere Chance für eine friedliche, solidarische und soziale Gesellschaft. Es ist eben nicht selbstverständlich, dass wir in guter Nachbarschaft leben. Es ist eine Errungenschaft, die wir nicht leichtfertig aufgeben dürfen. Wir sehen, dass Regierungsparteien in Polen, Ungarn, Österreich und Italien die Gemeinschaft in Frage stellen. Viele denken wieder in Mauern statt in offenen Grenzen. Aber eine Mauer hält weder Armut noch Naturkatastrophen auf. Wir können nur gemeinsam Antworten auf globale Herausforderungen finden. Und entgegen aller Unkenrufe der Populisten: Europa bedeutet mehr Freiheit und Sicherheit für jeden von uns.

Freiheit bedeutet auch, da zu arbeiten, wo man möchte, aber mit denselben Rechten. Unser Europa ist ein soziales

Europa. Die wirtschaftliche Säule muss zusammen mit der sozialen Säule gedacht und umgesetzt werden. Das ist der Anspruch der europäischen Sozialdemokratie: Wir haben Sozialdumping und unlauteren Wettbewerb bekämpft, vor allem für Beschäftigte, die zum Arbeiten in andere EU-Länder geschickt werden.

Die neuen Regeln, die wir verfochten haben, sind ein Riesenerfolg: Sie gewährleisten gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort und die faire Behandlung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab dem ersten Tag ihrer Entsendung. Dazu zählen z. B. faire Löhne gemäß den Tarifverträgen. Auf dieses Europa bin ich stolz und dieses Europa möchte ich als Teil einer starken Sozialdemokratie im Europäischen Parlament besser machen.

Stimmen Sie am 26. Mai für ein soziales Europa. Für den Zusammenhalt und für gute Arbeit für alle.

Ihre



„Die Menschen müssen spüren, dass Europa für sie da ist“

Die SPD-Spitzenkandidatin für die Europawahl Katarina Barley über ein neues Miteinander statt »Ich zuerst« in Europa, gerechte Steuern für Internetkonzerne und ihre wahrlich europäische Familie.

LIEBE FRAU BARLEY, die SPD hat am 23. März ihr Europawahlprogramm verabschiedet. Welche der Forderungen sind für die SPD zentral – vorausgesetzt, es gibt dafür nach der Wahl eine politische Mehrheit im Parlament?

Wir treten am 26. Mai für ein soziales Europa an, das den Menschen Schutz bietet – durch die Einhaltung fairer Löhne und gleicher Arbeitsbedingungen für alle und durch einen europäischen Mindestlohn. Wir wollen ein Europa, das für Steuergerechtigkeit sorgt. Dafür werden wir eine Mindestbesteuerung für Unternehmen einführen und auch die großen Internetkonzerne in die Pflicht nehmen. Wir wollen in die Zukunft investieren und in den Umwelt- und Klimaschutz, denn Herausforderungen wie die Digitalisierung und den Klimawandel werden wir nur gemeinsam meistern. Und wir wollen auch international geschlossen auftreten. Unser Europa sichert den Frieden und schafft ein neues Miteinander.

Neben den Wahlprogrammen wächst die Bedeutung der persönlichen Glaubwürdigkeit von Spitzenpolitikerinnen und -politikern. Für welches Thema stehen Sie ganz persönlich mit Ihrer Lebensbiografie?

Die Geschichte Europas handelt von Versöhnung nach dem Krieg. Das ist auch meine persönliche Geschichte und die meiner Familie. In meinem Leben spielt Europa deshalb eine große Rolle. Meine Kinder haben Groß-



OBEN

KATARINA BARLEY ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages und aktuell Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz. Die gebürtige Kölnerin ist die Tochter eines britischen Redakteurs und einer deutschen Ärztin und hat zwei Pässe. Die Mutter von zwei Kindern hat in Marburg und Paris Jura studiert und ist mit einem Niederländer liiert.

eltern aus vier europäischen Ländern. Ich selbst habe zwei Staatsangehörigkeiten und wohne im Vierländereck, dort, wo sich Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Belgien berühren. Grenzen sind hier nicht viel mehr als eine Linie auf der Landkarte. Mein Europa ist ein Europa des sozialen Zusammenhalts und ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Gemeinsam schaffen wir das.

Der SPD-Kampagnenslogan lautet „Europa ist die Antwort“. Was ist damit genau gemeint? Die Antwort auf Trump und Brexit oder die Antwort auf die

ungelösten Zukunftsfragen unseres Kontinents im Bereich von Migration, Digitalisierung, Sozialstaat bzw. Klimakrise?

Nie war die Einheit Europas so sehr gefährdet wie jetzt, außenpolitische Unwägbarkeiten haben zugenommen und auch die Fliehkräfte im Innern sind größer geworden. Bei der Europawahl geht es deshalb um eine Richtungsentscheidung und um die Frage, wie wir künftig zusammenleben wollen: Alle für sich, nach dem Motto „Ich zuerst“? Oder welttoffen, solidarisch und gemeinsam stark? Meine Antwort ist ein Europa des sozialen Zusammenhalts, ein Europa, das für die Bürgerinnen und Bürger da ist. Wenn wir in Europa zusammenhalten, werden wir auch entschlossen und geeint die großen Fragen unserer Zeit beantworten.

E
U
R
O
P
A
W
A
H
L

*„Ich will einen
zupackenden und
mitreißenden Wahlkampf
führen, der zu diesen
Zeiten passt.“*

Rechtspopulistische Rhetorik zeichnet sich durch eine Mischung von Skandal, Tabubruch, Fake News und Vereinfachung aus. Was stellt die SPD dem entgegen?

Ich will einen zupackenden und mitreißenden Wahlkampf führen, der zu diesen Zeiten passt. Wenn wir uns mehr zuhören und miteinander reden, finden wir als Gesellschaft auch wieder stärker zusammen. Wir suchen den Kontakt zu den Menschen, den Dialog. Ich selbst stelle bei meinen Begegnungen immer wieder fest, dass die Begeisterung für Europa groß ist. Und dass viele verstanden haben, dass es diesmal um viel geht. Es geht um Zusammenhalt und ein friedliches Miteinander in Europa. Das wird sich auch bei der Wahlbeteiligung zeigen, da bin ich sicher.

Die SPD fordert mittel- bis langfristig für alle EU-Staaten u. a. armutsfeste Mindestlöhne und Mindeststandards für nationale Grundsicherungssysteme. Wie soll das funktionieren angesichts der aktuell noch sehr starken Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern im Hinblick auf die Wirtschaftskraft oder das Sozialschutzniveau?

Die Europäische Union wurde als Wirtschaftsunion gegründet. Das hat vielen Menschen Sicherheit und Wohlstand

gebracht. Wir müssen jetzt den nächsten Schritt gehen und für ein sozial gerechtes Europa sorgen. Deshalb ist es ganz wichtig, die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu stärken. Dazu gehören faire Löhne: Gleiches Geld für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Und natürlich die gleiche Bezahlung für Männer und Frauen. Ein europäischer Mindestlohn, der sich an der Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes orientiert, führt dazu, dass viele Menschen mehr verdienen – auch in Deutschland.

Würde ein europäischer Mindestlohn nicht zwangsläufig über das EU-Mitglied Deutschland mitfinanziert werden müssen ... ?

Wenn wir von einem europäischen Mindestlohn reden, dann geht es um relative Mindestlöhne, die sich am Pro-Kopf-Einkommen oder dem Bruttoinlandsprodukt des jeweiligen Landes bemessen. Wenn 60 Prozent des mittleren Einkommens des jeweiligen Land als Untergrenze verankert werden, sprechen wir in Deutschland von einem Mindestlohn von zwölf Euro. In Europa soll wirklich jeder von seiner oder ihrer Arbeit leben können, egal, wo er oder sie zu Hause ist. Das verstehe ich unter einem sozialen Europa.

Sie treten ebenfalls sehr entschieden für eine gerechte Besteuerung der internationalen Internetkonzerne wie Google, Facebook etc. ein. Warum hat die EU es bisher versäumt, diese Konzerne in die Verantwortung zu nehmen?

Bisher nutzen insbesondere die großen Digitalkonzerne unterschiedliche Steuerregeln aus, um ihre Gewinne künstlich kleinzurechnen. Das geht zu Lasten der



„Wenn der kleine Buchladen seine Einnahmen ordentlich versteuert, dann muss das auch für weltweit operierende Konzerne wie Amazon gelten.“

Allgemeinheit, denn das Geld fehlt am Ende in den Städten und Gemeinden, in den Schulen, beim Öffentlichen Nahverkehr oder für den Betrieb eines Schwimmbades. Das werden wir ändern!

Wie soll das gelingen?

Bis Ende 2020 wollen wir deshalb mit der OECD weltweit Regeln für eine Mindestbesteuerung digitaler Unternehmen einführen. Das wird nicht leicht, deshalb werden wir gleichzeitig eine europäische

Lösung vorantreiben für den Fall, dass die internationale Lösung nicht zu erreichen ist. Für uns ist klar: Alle haben die gleichen Rechte, aber auch die gleichen Pflichten. Niemand darf sich durch Trickserien, Schlupflöcher oder Straftaten seiner Verantwortung entziehen. Wer Milliarden erträge erwirtschaftet, muss auch angemessen besteuert werden und seinen Teil für die Gesellschaft leisten. Das gilt für alle, auch für die digitalen Großkonzerne. Wenn der kleine Buchladen auf dem Land seine Einnahmen ordentlich versteuert, dann muss das auch für weltweit operierende Konzerne wie Amazon gelten. Alles andere ist nicht fair und deshalb inakzeptabel. Die Menschen müssen spüren, dass Europa für sie da ist – und nicht nur für Banken, Konzerne und Großunternehmen. Das verstehe ich unter einem sozialen Europa der Bürgerinnen und Bürger.

Text Gesine Schwan
Illustration Esther Schaarhüls
Foto Olaf Kosinsky

Es muss sich in Europa lohnen, Geflüchtete aufzunehmen

Die Politikwissenschaftlerin und SPD-Politikerin Gesine Schwan schlägt einen EU-Integrationsfonds vor, der Europas Städten und Gemeinden eine eigene Flüchtlingspolitik ermöglichen würde.

Im Gegenzug bekämen sie in gleicher Höhe Geld für die Entwicklung ihrer Kommune.

DER EUROPÄISCHE GERICHTSHOF hat erst vor kurzem die Bedingungen für Rückführungen von Geflüchteten in andere EU-Staaten konkretisiert. Laut des Urteils dürfen Asylbewerberinnen und -bewerber in ein anderes EU-Land abgeschoben werden, wenn davon auszugehen ist, dass sie dort ihre „elementarsten Bedürfnisse“ befriedigen können. Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch, dass Behörden und Gerichte innerhalb der EU eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung von Geflüchteten zumindest riskieren. Hintergrund ist das politisch umstrittene Dublin-III-Abkommen. Es regelt, dass für einen Geflüchteten grundsätzlich das Land zuständig ist, über das er erstmals in die EU eingereist ist.

Bis heute wurde die im September 2015 vom Europäischen Rat beschlossene Umsiedlung (Relocation) von 160.000 Geflüchteten aus Italien und Griechenland in andere europäische Staaten nicht realisiert. Deshalb schlage ich ein positives Anreiz- und kein Bestrafungssystem für die europäischen Städte vor, die Geflüchtete freiwillig aufnehmen wollen.

In einer „verstärkten Zusammenarbeit“ nach dem Lissabon-Vertrag könnten sich mindestens elf Länder freiwillig zu einem gemeinsamen Asylverfahren zusammenschließen. Als Vorbild wäre

das niederländisch-schweizerische Modell geeignet. Dieses stellt jedem Geflüchteten sofort bei Ankunft eine Rechtsanwältin bzw. einen Rechtsanwalt zur Seite und gewährt Flüchtlingsorganisationen Zutritt zum Asylverfahren. Dieses verkürzt sich bei möglicher Revision auf circa drei Monate.

Diese Zeit kann genutzt werden, um Geflüchtete mit den europäischen Städten und Gemeinden zusammenzubringen, die sich zur freiwilligen Aufnahme bereit erklärt haben.

Vorstellbar ist, dass die beteiligten Länder die Bürgermeister der Städte und Gemeinden einladen, Beiräte zu bilden, in denen sich ihre Unternehmen, Vertreter der Zivilgesellschaft und ihre Verwaltungen zusammenfinden, um über ihre zukünftige Entwicklung zu beraten. Dabei ginge es um Fragen der demografischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Entwicklung als auch um die innere Integration, die sowohl alteingesessene Bürgerinnen und Bürger wie aufzunehmende Asylsuchende betraf.

Eine solche freiwillige und von den Bürgerinnen und Bürgern partizipatorisch vorbereitete Aufnahme von Geflüchteten würde deren Integration unterstützen. Die Städte könnten über den Integrationsfonds in gleicher Höhe Geld für die Entwicklung ihrer Kommune – etwa in den Bereichen Arbeit, Bildung und Wohnen – beantragen. Dies wäre ein Anreiz zu mehr konkreter Bürgerpartizipation und könnte dringend notwendige Infrastrukturinvestitionen in der EU unterstützen.





OBEN

PROF. DR. GESINE SCHWAN ist Mitgründerin, Gesellschafterin und Präsidentin der Humboldt-Viadrina Governance Platform

Es entstünde eine Weltoffenheit, die die EU dringend braucht, wenn sie sich lebendig weiterentwickeln will. Individuen ebenso wie Gesellschaften, die aus Angst nur auf Abschottung nach außen zielen, verbauen sich den Weg für ihre eigene Entwicklung. Diese ist auf einen angstfreien und gestaltenden Austausch mit der Umwelt angewiesen. Mit dem vorgeschlagenen Verfahren würde dem unwürdigen Umgang mit Geflüchteten durch die EU ein Ende gesetzt, weil legale Zugänge nach Europa geschaffen werden könnten.

Dazu gehört auch, dass Menschen ohne Asylberechtigung entweder sofort in ihre Heimatländer zurückgebracht werden oder – im Falle einer aus rechtlichen oder technischen Gründen nicht möglichen Rückführung – in der EU zu Geduldeten würden. Eine Integration bzw. gesteuerte Übernahme dieser Menschen in den Arbeitsmarkt ist allemal besser als langandauernde ungeklärte bzw. illegale Verhältnisse, die Feindseligkeit, Kriminalität und Terrorismus fördern.

Die Freiwilligkeit der Aufnahme nimmt der politischen Debatte die Schärfe und bietet den mittelosteuropäischen Städten und Kommunen die Chance, mit gesellschaftlichem Erfolg öffentlich für die Aufnahme zu werben, die ihnen mit europäischer Finanzierung Vorteile verschafft. Auch die Demokratie, die auf der Ebene der nationalen Regierungen zunehmend an Legitimitätsunterstützung verliert, belebt sich neu und zwar nicht durch einmalige Ereignisse wie Plebiszite, sondern durch die politische Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger.

Kämen dann alle Geflüchteten durch einen Pull-Effekt nach Europa? Die Forschungen zur Migration sprechen dagegen – vor allem, wenn sich vor Ort Perspektiven für eine politisch friedliche und ökonomisch gedeihliche Entwicklung bieten. Daran sollten wir Europäer ohnehin mitarbeiten!



Die Berliner SPD unterstützt die Einführung eines Integrationsfonds auf europäischer Ebene, der die Aufnahme und Integration von Geflüchteten in Gemeinden und Städten mit der kommunalen Entwicklung (etwa bei Arbeit, Bildung, Wohnen) verbindet.



LINKS

MICHAEL MÜLLER (geb. 1964) ist Landesvorsitzender der Berliner SPD und seit Dezember 2014 Berlins Regierender Bürgermeister

EUROPA IST DIE ANTWORT, ...

... weil dieses Europa einer ganzen Generation ein Leben in Frieden und Freiheit ermöglicht hat. Ich bin dankbar, in einem Land aufgewachsen zu sein, ohne einen einzigen Tag Krieg erleben zu müssen. Meine Kinder bewegen sich ganz selbstverständlich in einem Europa der offenen Grenzen. Zugegeben: Die Brüsseler Politik ist manchmal schwer und anstrengend. Aber: Es war diese Gemeinschaft der Nachbarn, die in schwierigen Situationen zusammenbleibt, die für Millionen Menschen auf unserem Kontinent ein friedliches Miteinander garantiert hat. Zusammenhalt ist der Schlüssel zur Erfolgsgeschichte Europas. Das Chaos um den Brexit zeigt, was passiert, wenn Populisten und Nationalisten vermeintlich einfache Antworten geben.

Wir als Sozialdemokratie wollen Europa zusammenführen statt spalten. Dafür kämpfen wir gemeinsam. Gaby Bischoff steht mit ihrer Biografie wie keine Zweite für ein Europa der guten Sozialstandards und fairen Löhne, in dem alle Menschen gut leben können – egal, ob sie aus Deutschland, Polen oder Dänemark kommen.

Text Ulrich Schulte Döinghaus

Foto Privat

Geht doch!

*Meine persönliche Geschichte
vom gleichgültigen EU-Skeptiker
zum neugierigen Europäer*

WENN ES so etwas gibt wie die Generation Europa, dann gehöre ich (Jahrgang 1949) ihr an, wenn auch auf widersprüchliche Weise. Als Jugendlicher habe ich den Westen Europas kennengelernt, indem wir im Norden Spaniens ein paar Monate lang unentgeltlich an einem sozialen Gemeindezentrum bauten, zusammen mit Franzosen, Nordeuropäern, Österreichern und Italienern.

Die Vorarbeiter warnten uns immerzu, der spanische Diktator Francisco Franco hatte das damalige Königreich Spanien in seiner Macht, seine faschistischen Geheimpolizisten waren überall. Als einer von uns – nach lästerlichen Reden im Dachstuhl – festgenommen und festgehalten wurde, legten wir Kolleginnen und Kollegen solange die Arbeit nieder, bis er wieder freikam und die Arbeit weitergehen konnte. Wir waren europäische Freiwillige, für die das politische Europa freilich keine Rolle spielte.

„Als Gewerkschafter und Sozialdemokrat spürte ich, dass Europa eine politische Spielwiese für Konservative war, für »Koofmichs und Konzerne«, wie wir sagten.“

Später – in den später 60ern, Anfang der 70er Jahre – bauten wir Europäer ein ähnliches Projekt in der französischen Normandie. Ich verliebte mich in eine Mademoiselle und war bei ihrer Familie zum Essen eingeladen, die zwei ihrer Mitglieder durch Erschießungskommandos deutscher Besatzungssoldaten verloren hatte, weil sie zum Widerstand gehörten. Wir genossen das Abendessen, plauderten über Geschichte und Geschichten, aber nicht über das politische Europa der Institutionen. Zu fad, zu seltsam.



O BEN

ULRICH SCHULTE DÖINGHAUS wurde 1949 im westfälischen Geseke geboren, wo er 1971 in die SPD und die Industrie- gewerkschaft Druck und Papier eintrat (heute: verdi). Nach Wehrpflicht und Studium arbeitete er bis zur Altersrente als Reporter und Redakteur, zuletzt bei „Handelsblatt“ und „Wirtschaftswoche“. Dort war er ein paar Jahre lang Betriebsrat.

Ein Jahrzehnt später musste ich mich als Reporter immer wieder auch mit den Auswüchsen des politischen Europas beschäftigen. Ich stapfte quasi über Butterberge und durch Milchseen, recherchierte hinter großflächigen Betrugereien hinterher, die eine völlig missratene Agrarpolitik möglich machte.

Als Gewerkschafter und Sozialdemokrat spürte ich, dass Europa eine politische Spielwiese für Konservative war, für „Kooftmichs und Konzerne“, wie wir sagten. Dafür hatte ich zuletzt nur noch Hohn und Spott übrig. Das Europa der komplizierten Institutionen ging mir am Allerwertesten vorbei. Dennoch habe ich keine Europawahl ausgelassen, aus Pflichtgefühl sozialdemokratisch gewählt, um die Prozedur hinter mich zu bringen.

Zugleich bereiste ich – sowohl beruflich wie privat – die entlegensten Winkel des Kontinents und lernte Europäer kennen, die irgendwie ähnlich tickten wie ich selbst. Wir sind Europäer, dachte ich manchmal, obwohl wir uns diese abstoßenden Apparate und Institutionen in Brüssel, Luxemburg und Straßburg leisten.

So war ich bis in meine späten Jahre ein gelangweilter Europaskeptiker, politisch gesehen. Dann, vielleicht in den Jahren der friedlichen Revolution Ende der 80er Jahre, wurde ich zum schulterzuckenden Gleichgültigen. Seit zwei, drei Jahren bin ich wohl auf dem Weg zum neugierig Interessierten, dem die europäischen Angelegenheiten nicht (mehr) so wurscht sind. Wie kommt das?

Das hat zunächst Gründe, die mit Ab- und Gegenwehr zu tun haben, zum Beispiel mit der Sorge, die mir völkische und rechtsnationale Umtriebe überall in Europa machen. Konservative Eliten bemächtigen sich „ihrer“ Nationen, manipulieren das Wahlvolk mit Versprechen von Wohlstand und Dominanz, pflanzen Fremdenhass in die Herzen und Hirne der Bürgerinnen und Bürger – und verdienen sich daran dumm und dämlich.

Ich denke: Damit diese Saat nicht weiter aufgeht, braucht es die Erfolgsgeschichte Europas. Sie baut auf Vernunft, Aufklärung, Ausgleich, Recht, soziale Gerechtigkeit, Volksherrschaft, Gewaltenteilung und Friedenssehnsucht. Europa bewegt mich, weil ich es als Gebäude betrachte, in dem im Zweifel die historische Vernunft zuhause ist, vor allem die solidarische Abwehr des Völkischen. Diese inneren, eher defensiven Werte Europas korrespondieren mit der erstaunlich offensiven Fähigkeit der europäischen Institutionen, Chancen zu ergreifen und Krisen zu meistern. Heute wissen wir, dass der Einfluss der Europäischen Union beträchtlich war, als sich das Ende des Eisernen Vorhangs abzeichnete und

Deutschlands Wiedervereinigung auf der internationalen Tagesordnung stand. Auf komplizierte und niemals unumstrittene Weise gelang es den europäischen Verantwortlichen, dem EU-Mitglied Griechenland aus der wirtschaftlichen Patsche zu helfen, jedenfalls fürs erste. Als Russland die ukrainische Krim besetzte, handelte die EU aus einem Guss und verhängte in den Jahren 2014 bis 2015 wirtschaftliche Sanktionen. Zurzeit beeindruckt mich die Einhelligkeit, mit der die Mitgliedstaaten der Europäischen Union dem chaotischen Brexit der Briten begegnen. Geht doch!

Leider sind die Parlamentarier, die ich im Mai nach Straßburg schicke, noch immer nicht ganz so volksnah, wie ich mir das wünsche. Der Einfluss meiner Repräsentanten auf die Institutionen Europäische Kommission und Europäischer Rat muss unbedingt ausgeweitet werden, sonst bleibt das Europäische Parlament ein wenig be- und geachtetes Möchtegern-Parlament. Denn außerhalb des Rechts, über den Haushalt der Europäischen Union zu bestimmen, sind dem Parlament beträchtliche Grenzen gesetzt, etwa beim Initiativrecht, selbst europäische Gesetze auf den Weg bringen zu können.



So will die SPD die europäische Demokratie stärken:

- ▶ *Neue Gesetzesvorhaben sollen künftig auch vom EU-Parlament ausgehen. Bislang hat ausschließlich die EU-Regierung – die Europäische Kommission das Recht, Gesetzesvorschläge auf den Weg zu bringen.*
- ▶ *Durch bessere Untersuchungsrechte könnte das Europäische Parlament seine Kontrollfunktion gegenüber der Europäischen Kommission stärker nachkommen und unter anderem einzelne Kommissionsmitglieder während der gesamten Amtszeit zur Rechenschaft ziehen.*
- ▶ *Durch die Einführung eines Mehrheitsprinzips könnte der EU-Ministerrat künftig schneller und effizienter entscheiden. Bislang können wichtige Gesetzgebungen durch einzelne Mitgliedstaaten blockiert werden, da alle Entscheidungen einstimmig fallen müssen.*



LINKS

BIRGIT STEINBORN ist Gesamtbetriebsratsvorsitzende und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Siemens AG

EUROPA IST DIE ANTWORT, ...

... weil ein geeintes demokratisches Europa das Fundament für ein friedliches Miteinander und gerechte Lebensverhältnisse bildet. Basis dafür sind eine starke Orientierung an Arbeitnehmerinteressen, Mitbestimmung und Gleichberechtigung der Geschlechter.

Gaby Bischoff ist für mich die Kandidatin, weil sie weiß, worauf es im Betrieb ankommt und weil sie konsequent die Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen vorantreibt. Damit die Menschen in Europa die Herausforderungen Digitalisierung, Klimaveränderung und Globalisierung bestehen können, legt sie den Fokus auf mehr Mitbestimmung und Beteiligung. Das ist die Grundlage sozialer Marktwirtschaft. Statt einer margengetriebenen und kurzsichtigen Politik steht Gaby Bischoff für ein nachhaltiges und soziales Europa.



LINKS

ULRIKE GUÉROT ist Professorin für Europapolitik und Demokratieforschung an der Donau-Universität Krems (Österreich). Als Gründerin des „European Democracy Lab“ debattiert sie regelmäßig über die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses.

EUROPA IST DIE ANTWORT, ...

... weil nur ein wirtschaftlich und sozial geeintes Europa mit globalen Playern wie China und den USA mithalten kann. Dazu müssen europäische Strategie und Wirtschaft zusammengedacht werden. Gaby Bischoff kann mit ihrer reichen Gewerkschaftserfahrung einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, ein starkes Europa mit den sozialen Interessen der EU-Bürgerinnen und Bürgern zu verbinden. Die SPD ist derzeit mit vielen konkreten Vorschlägen – wie der europäischen Arbeitslosenversicherung oder dem EU-weiten Mindestlohn – führend im Nachdenken über die künftige Ausgestaltung der Europäischen Union, in der perspektivisch der gemeinsame Markt und die gemeinsame Währung in eine funktionierenden und schlagkräftigen europäischen Demokratie eingebettet werden.

Jugendgerecht statt nur enkeltauglich

Für die junge Generation ist Europa kein Projekt mehr, sondern ein Lebensgefühl

ALS AN einem Freitag Mitte März mehr als 20.000 Schülerinnen und Schüler in Berlin Plakate hochhalten mit Slogans wie „Wir lernen nicht für eine zerstörte Zukunft“, um die Politik an ihre Hausaufgaben beim Klimaschutz zu erinnern, war auch Christoph Röttgers unter den Demonstrierenden. „Die FridaysforFuture-Demos setzen ein wichtiges Zeichen: Junge Menschen gehen auf die Straße, weil ihnen diese Welt nicht egal ist, und zeigen öffentlich, was sie bewegt“, sagt Röttgers.

Seit knapp zwei Jahren ist er stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings.

Der Bundesjugendring ist die Interessenvertretung für rund sechs Millionen junger Menschen, die sich in sehr unterschiedlichen Jugendverbänden engagieren – von den Falken über Pfadfinder, konfessionelle Verbände und Gewerkschaftsjugend bis zur Deutschen Chorschule. Der 28-jährige Christoph Röttgers engagiert sich seit 2007 in der Naturschutzjugend und hat vor kurzem sein Geographiestudium abgeschlossen. „In den Jugendverbänden sind junge Menschen Woche für Woche für eine bessere Welt aktiv und das über viele Jahre hinweg“, sagt er. Viele Verbände sind solidarisch mit den Schülerinnen und Schülern sowie Studentinnen und Studenten der FridaysforFuture-Demo. Viele machen sogar dabei mit.

„Wir begrüßen es, dass sich das SPD-Wahlprogramm ausführlich mit der europäischen Jugendpolitik beschäftigt und das Thema prominent platziert.“

CHRISTOPH RÖTTGERS (Foto rechts)
Stv. Vorsitzender des Bundesjugendrings



Durch eine gemeinsame Währung, freies Reisen, Lernen, Studieren, Arbeiten und Freundschaften über Grenzen hinweg ist die Europäische Union für junge Menschen längst kein Projekt mehr, sondern ein Lebensgefühl. Christoph Röttgers hat

selbst die D-Mark als Zahlungsmittel kaum noch bewusst erlebt. „Europa ist für uns junge Menschen eine lebenswerte Gegenwart, die wir schätzen“, sagt er. „Auch wenn wir an verschiedenen Stellen Verbesserungsbedarf sehen.“

Der Bundesjugendring hat zwölf europapolitische Forderungen aufgestellt. Darunter sind Punkte, die auch Teil des SPD-Europawahlprogramms sind: Die Forderung nach sozialen Mindeststandards – beispielsweise einem EU-weiten Mindestlohn – oder ein transparenter und nachhaltiger EU-Haushalt mit eigenen Ressourcen. „Wir begrüßen es, dass sich das SPD-Wahlprogramm ausführlich mit der europäischen Jugendpolitik beschäftigt und das Thema prominent platziert“, sagt Röttgers.

Als Beispiel für eine Jugendpolitik auf Augenhöhe nennt er die Forderung im Programm, die Auswirkungen geplanter EU-Gesetzesvorhaben auf junge Menschen sichtbar zu machen („Jugend-Check“). Das sensibilisiere die Entscheidungsträger, die Belange junger Menschen mitzudenken. Längerfristig wünscht Röttgers sich eine jugendgerechte statt nur enkeltaugliche Politik: „Wir, die jungen Engagierten, wollen nicht mehr nur angehört werden, sondern auch mitentscheiden.“



So will die SPD die Mitbestimmungsrechte junger Menschen auf EU-Ebene verbessern:

- ▶ *Das Wahlalter auf EU-Ebene soll auf 16 Jahre gesenkt werden.*
- ▶ *Die Stimme der Europäischen Jugend muss mehr Gehör finden – unter anderem durch eine verbindliche Beteiligung junger Menschen am Gesetzgebungsprozess.*
- ▶ *Durch einen „Jugend-Check“ sollen die Auswirkungen geplanter EU-Gesetzesvorhaben auf das Leben junger Menschen obligatorisch mitgedacht werden.*

Zahlen bitte!

Die Berliner Bundestagsabgeordnete und Finanzpolitikerin Cansel Kiziltepe über den schwierigen Weg, eine Steuer auf Finanztransaktionen auf EU-Ebene einzuführen

DIE IDEE einer Steuer auf Aktivitäten von Banken und anderen Finanzunternehmen ist älter als viele denken. Bereits im Jahr 1694 wurde in London die erste Finanztransaktionssteuer eingeführt. Diese sogenannte Stempelsteuer zahlte der Käufer von Aktien und bekam im Gegenzug dazu – als Bestätigung für den Kauf – den Stempel auf seine Papiere. Auch in Deutschland gab es von 1881 bis 1992 eine ähnliche Steuer.

Im Zuge der Finanzkrise 2008/2009 und den dabei notwendig gewordenen Bankenrettungen wurde intensiv darüber diskutiert, wie Finanzinstitute einen angemessenen Anteil an der Finanzierung des Gemeinwohls beitragen können. Gleichzeitig sollten die spekulativen Exzesse der Finanzindustrie eingedämmt werden. Die Finanztransaktionssteuer ist eine direkte, wenn auch späte Antwort auf diese Probleme.

Während der Eurorettung und der Einführung einer Schuldenbremse für die Euroländer wurde verstärkt über die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer diskutiert. In Deutschland setzten wir als SPD durch, dass die Zustimmung zum Fiskalpakt an die Einführung einer solchen Börsen- und Aktiensteuer gebunden ist.



O BEN

CANSEL KIZILTEPE ist seit 2013 Berliner Bundestagsabgeordnete, stv. finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, zuständige Berichterstatterin für die Finanztransaktionssteuer und leitet das Projekt steuermythen.de



OBEN
Demonstrantin bei der Kundgebung für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer 2011 in Berlin

Seit 2011 verhandeln zehn EU-Staaten – darunter Deutschland, Frankreich und Italien – darüber. Für dieses Ziel waren die Jahre unter dem ehemaligen Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) verlorene Jahre. Seine Verhandlungsführung war geprägt von einer angeblichen Offenheit für alle erdenklichen Lösungsmöglichkeiten. Gleichzeitig vermied er es jedoch, eigene Vorschläge zu unterbreiten und das Projekt so voranzubringen. So konnte es nur zu kleinen Fortschritten und keiner Gesamtlösung kommen.

Nachdem im vergangenen Jahr mit Olaf Scholz ein Sozialdemokrat Finanzminister geworden ist, gibt es wieder Schwung bei dem Thema. Mittlerweile haben die zehn Staaten Fortschritte erzielt. Sie wollen, dass künftig Transaktionen

mit im Inland ausgegebenen Aktien besteuert werden. Die Einnahmen könnten nicht nur diesen Einzelstaaten zufließen, sondern teilweise in einen gemeinsamen Topf eingezahlt werden, von dem alle beteiligten Mitgliedstaaten profitieren.

Zurecht wird dieser Vorschlag als eine zu kleine Finanztransaktionssteuer kritisiert. Doch dahinter steht ein Plan: Die SPD will endlich zu einer Einigung in der EU kommen und Anreize schaffen, damit zukünftig mehr als die aktuell zehn Mitgliedstaaten mitmachen.

„Kosten, die durch das fahrlässige Handeln von Banken entstehen, dürfen nicht der ganzen Gesellschaft aufgebürdet werden.“

Dies ist ein wichtiger erster Schritt. Das Ziel der SPD im Europawahlkampf bleibt ungeachtet dessen eine umfassende Finanztransaktionssteuer. Diese soll alle Transaktionen von Wertpapieren, Anleihen und Derivaten sowie Devisentransaktionen umfassen. Dies lässt sich leichter umsetzen, wenn es bereits eine kleine europäische Finanztransaktionssteuer gibt.

Kosten, die durch das fahrlässige Handeln von Banken entstehen, dürfen nicht der ganzen Gesellschaft aufgebürdet werden. Deshalb ist die schnelle Einführung der ersten Stufe der Steuer wichtig. Wir als SPD haben dieses Ziel weiterhin im Blick – sowohl in Brüssel als auch in Berlin.

Wenn das Netz Polarisierung nicht mehr belohnt

*Ein lebendiges Europa braucht Medien, die über nationale Grenzen hinweg für ein gemeinsames europäisches Problemverständnis sorgen:
Ein Interview mit dem Politik- und Kommunikationsberater
Johannes Hillje*

LIEBER HERR HILLJE, in Ihrem Buch „Plattform Europa“ schlagen Sie ein öffentlich finanziertes unabhängiges soziales Netzwerk für Europa vor. Warum können Facebook und Co. kein europäisches Gemeinschaftsgefühl herstellen?

Weil es für ihr Geschäftsmodell keine Rolle spielt. Auf diesen Plattformen werden öffentliche Diskurse nach einem Modell der Aufmerksamkeitsökonomie organisiert, nicht nach einem Gemeinwohlaufrag der Demokratie. Es geht in erster Linie darum, dass Nutzerinnen und Nutzer mit Inhalten interagieren, um Daten über ihre Interessen zu produzieren, die dann für das Ausspielen von Werbung genutzt werden. Ob diese Inhalte ein Thema mit gesellschaftlicher Relevanz wie die MeToo-Debatte, Katzenfotos oder rechtspopulistische Propaganda beinhalten, ist für die Algorithmen der Plattformen prinzipiell egal. Deswegen meine ich, dass wir neben den privaten, auch öffentlich-rechtliche Plattformen brauchen. Deren Kernaufgabe wäre es, eine europäische Debatte nach demokratischen Regeln anzustoßen.

Warum profitieren gerade Rechtspopulisten davon, dass es bisher fast ausschließlich nationale Medienangebote gibt?

Die Medien erzeugen nationale Filterblasen, in der europäische Themen überwiegend von nationalen Politikerinnen und Politikern und anhand



OBEN

JOHANNES HILLJE arbeitet als Politikberater in Berlin und Brüssel

des nationalen Interesses diskutiert werden. Das europäische Interesse fehlt als Bewertungsmaßstab von Politik auf europäischer Ebene. Das hat zur Folge, dass Nationalisten ihre Positionen auch nicht gegenüber einem europäischen Gemeinwohl rechtfertigen müssen. Neben der Funktionsweise der digitalen Öffentlichkeit ist das der zweite Vorteil für Populisten in den gegenwärtigen Strukturen von Öffentlichkeit in Europa.

In der politischen Auseinandersetzung dominiert der Konflikt zwischen der proeuropäischen Elite, die Unterstützung von der jungen zukunftsoptimistischen Generation bekommt, und der globalisierungskritischen, vom sozialen Abstieg bedrohten Mehrheit in der Bevölkerung. Wie kann Ihr Netzwerk dabei

helfen, dass sich beide Gruppen wieder für gegenseitige Argumente öffnen?

Anders als die privaten Plattformen, würde ein öffentlich-rechtliches Netzwerk Polarisierung nicht mit zusätzlicher Aufmerksamkeit belohnen. Ein sachlicher Diskurs wäre möglich. Zudem bin ich davon überzeugt, dass der Frust über die EU-Institutionen auch damit zusammenhängt, dass die Bürgerinnen und Bürger keine effektive Möglichkeit haben, Kritik an diesen Institutionen und deren Vertretern zu üben. Die EU-Institutionen treffen weitreichende Entscheidungen für das Leben der Menschen, aber sie sind in der öffentlichen Debatte kaum fassbar. Ein europäischer Kommunikationsraum würde diesen Dialog fördern und die politische Teilhabe stärken.

„Ein öffentlich-rechtliches soziales Netzwerk könnte eine europäische Debatte nach demokratischen Regeln anstoßen.“

Besteht nicht die Gefahr, dass sich ein Netzwerk schnell zu einem reinen Elitenmedium entwickelt – ähnlich wie die wenigen bestehenden europäischen Online- und TV-Medienangebote wie „Euractiv“ oder „Politico“?

Ja, das ist der zentrale Grund, warum es bisher kein europäisches Medium für die Massen gibt. Alle Versuche landeten in einer Nische. Euronews wollte indes in den 90er Jahren das europäische CNN werden. Die Macher haben aber nie überprüft, ob es in der Bevölkerung überhaupt die Nachfrage für einen europäischen Nachrichtensender gibt. Der Sender wurde von oben herab konzipiert. Das will ich mit der „Plattform Europa“ anders machen.

Wie soll das gehen?

Am Anfang stünde eine breite öffentliche Diskussion, bei der die Europäerinnen und Europäer gefragt werden, welche Erwartungen sie an die Plattform haben. Da würde wahrscheinlich raus-

kommen, dass Nachrichten allein nicht reichen, sondern auch Unterhaltung, Kultur oder soziale Netzwerken gefragt ist. Außerdem ist ganz wichtig, dass die Angebote der Plattformen in allen offiziellen EU-Sprachen zur Verfügung stehen. Die Sprache der Plattform Europa muss Übersetzung heißen.

Wäre es nicht besser, die Europäische Union politisch zu stärken? Womöglich würde sich automatisch ein stärkeres europäisches Bewusstsein herausbilden ...

Ja, die EU braucht unbedingt politische und institutionelle Reformen. Allerdings haben wir bei den Referenden über eine EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden 2005 erlebt, dass es auch deshalb zu einer Ablehnung kam, weil in den nationalen Debatten dazu wiederum eher nationale und keine europäischen Themen dominierten. Egal, in welche Richtung man die EU reformieren will: Es braucht beim gegenwärtigen Grad der Verflechtung eine europäische Debatte darüber. Ich meine: Wir brauchen erst die europäische Öffentlichkeit, um in einem angemessenen Rahmen über EU-Reformen diskutieren zu können.



BUCH-TIPP

Johannes Hillje:
Plattform Europa.
Dietz. 176 Seiten. 18 Euro.
ISBN 978-3-8012-0553-9



So will die SPD europäische Medien fördern:

- ▶ Mehr Informationen über Europa durch einen europäischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk für das 21. Jahrhundert.
- ▶ Durch eine europaweite Plattform sollten für vorhandene öffentlich-rechtliche Inhalte geschaffen und um europäische Inhalte ergänzt werden.



LINKS

DR. LINN SELLE ist Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. – ein überparteiliches Netzwerk für Europapolitik in Deutschland

EUROPA IST DIE ANTWORT, ...

... weil nur ein geeintes, demokratisches Europa die Herausforderungen unserer Zeit meistern kann. Darum braucht es ein starkes Europäisches Parlament, das für wichtige Reformen streitet, sie umsetzt und politische Entscheidungen vor Ort kommuniziert. Gaby Bischoff ist eine Kämpferin, die sich seit langem in Brüssel und in Berlin für mehr europäische Demokratie und ein soziales Europa einsetzt. Ich bin mir sicher, dass sie im Europäischen Parlament eine starke Stimme sein wird und die Herausforderung annimmt, Europa weiterzuentwickeln!



LINKS

HORSTPETER KREPPPEL ist Richter und ehemaliger Kammerpräsident a.D. am früheren Gericht für den öffentlichen Dienst der EU in Luxemburg, einem Fachgericht des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), seit über 40 Jahren Mitglied der SPD und von verdi

EUROPA IST DIE ANTWORT, ...

... weil viele Probleme, die uns bewegen, nicht mehr nationalstaatlich, sondern vorrangig auf europäischer bzw. internationaler Ebene zu lösen sind. Ich unterstütze die Kandidatur von Gaby Bischoff, weil ich sie aufgrund ihres bisherigen Engagements für Europa, für soziale Gerechtigkeit und Gleichbehandlung kennen und schätzen gelernt habe.

Verankert in der deutschen und europäischen Gewerkschaftsbewegung, wird sie sich dafür einsetzen, dass Europa sozialer und gerechter werden wird. Für mich ist wichtig, dass Leute wie sie gegen neoliberale, autoritäre und nationalistische Tendenzen im Europäischen Parlament aufstehen und sich für ein demokratisches, soziales, dem Klimaschutz verpflichtetes und den Frieden sicherndes Europa einsetzen.



**IMMER DAS RICHTIGE ...
AUS EINER HAND**

**EUROPAWAHL 2019
STARKES MATERIAL FÜR
EIN STARKES EUROPA!**



Motivplakat
„Frieden“
Allwetter

**SONDER-
PREIS**



Pledgcards

„Grundrente“ | „Sozialstaat“



Flyer Katarina Barley
im gestanzten Schubert



Aufkleber-
Postkarte
„Europa der
Frauen“



Einkaufswagenchip
„Europa“

>> DIESE UND VIELE WEITERE
ARTIKEL UNTER: SHOP.SPD.DE

Alle Ausgaben der **BERLINER STIMME** als E-Paper,
die **Erscheinungstermine** und **Schwerpunktthemen**
sowie **Abo-Hinweise** findest du hier:

www.spd.berlin/berliner-stimme



IMPRESSUM

BERLINER STIMME
Zeitung der Berliner Sozialdemokratie

HERAUSGEBER
SPD Landesverband Berlin,
Landesgeschäftsführerin Anett Seltz (V.i.S.d.P.),
Müllerstraße 163, 13353 Berlin,
Telefon: 030.4692-222
E-Mail: spd@spd.berlin
Webadresse: www.spd.berlin

REDAKTION
Christina Bauermeister und Birte Huizing
Telefon: 030.4692-150
E-Mail: redaktion.berlinerstimme@spd.de

PRINT-ABONNEMENT
29,- Euro pro Jahr im Postvertrieb

ABO-SERVICE
Telefon: 030.4692-144
E-Mail: berliner.stimme@spd.de

MITARBEIT AN DIESER AUSGABE
Cansel Kiziltepe
Ulrich Schulte-Döinghaus
Gesine Schwan

GRAFIK Nico Roicke und Hans Kegel
TITEL-ILLUSTRATION Laura Breiling
DRUCK Häuser KG Buch- und Offsetdruckerei Köln